



Festung oder nicht?

Frontex ist das Symbol der »Festung Europa«, Sinnbild für Abschottung und Angstgespenst illegaler Zuwanderer. Die öffentliche Empörung ist groß, wenn die maritime Grenzsicherung im Mittelmeer wieder einmal erschöpfte Flüchtlinge auf ihren überfüllten Booten abfängt und in ihr Heimatland abschiebt. Oder wenn die Migranten auf der Flucht in vermeintlich sichere Häfen ums Leben kommen. Wie viel Einwanderung, wie viel Schutzgewährung kann oder soll sich die EU leisten? Lassen die nördlichen Mitgliedstaaten ihre südlichen Partner mit dem Asylproblem allein? Zwischen wirtschaftlichen Interessen und humanitären Bedürfnissen steht die Union scheinbar wie zwischen Scylla und Charybdis. >>

Wir brauchen die Festung – mit kontrollierbaren Toren.

PRO

von J. Thomas Gratowski

Auch wenn der Begriff »Festung Europa« negativ belegt ist, so ist eine zielgerichtete Asylpolitik unabdingbar für unsere Souveränität – und die Sicherheit und den Wohlstand der EU.

Zwei Außenminister, der Italiener Emilio Colombo sowie sein deutscher Amtskollege Hans-Dietrich Genscher, entwickelten Anfang der 1980er Jahre die Vision, mit der Schaffung eines europäischen Binnenmarkts den Wohlstand auf dem Kontinent durch höhere Effizienz und mehr Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern – und zu mehren. Damit die optimale Allokation von Produktionsmitteln realisiert werden konnte, wurden die so genannten vier Freiheiten geschaffen: Waren, Kapital, Dienstleistungen und Personen sollten sich unbeschränkt innerhalb des Marktes bewegen können. Nachdem die Marktkräfte mehr als zwanzig Jahre gewirkt haben, generiert der gemeinsame Markt heute größere Stabilität zwischen den Mitgliedstaaten und speziell Deutschland profitiert davon: 2012 gingen 57 Prozent aller deutschen Exporte in andere EU-Länder und addierten sich zu einem beeindruckenden Handelsüberschuss von 115,7 Milliarden Euro gegenüber den europäischen Handelspartnern. Ein funktionierender gemeinsamer Binnenmarkt ist daher klar im deutschen Interesse.

Auch das ungehinderte Reisen nach Rimini oder an den Balaton sehen die meisten Deutschen als eine der wichtigsten Errungenschaften Europas an. Die Personenfreizügigkeit – geregelt im Schengener Abkommen – verlangt aber gleichzeitig eine gemeinsame Grenz- und Asylpolitik. Die 2004 ins Leben gerufene EU-Agentur Frontex übernimmt die Rolle >>

Wir brauchen keine Festung, sondern Politik mit Augenmaß.

CONTRA

von Gunnar Mokosch

Europa droht sein Ansehen nicht nur aufgrund siechender Wirtschaft, sondern auch durch eine fehlgeleitete Asyl- und Grenzschutzpolitik zu verlieren.

Es ist ein beliebtes, doch allzu durchschaubares Mittel der meist konservativ und national orientierten Fürsprecher einer »Festung Europa« in Politik und Gesellschaft: Die EU im Allgemeinen und Deutschland im Speziellen brauche keine Wirtschaftsflüchtlinge aus Afrika jenseits der Sahara oder dem Nahen und Mittleren Osten, sondern muss im Kampf um die globalen Talente bestehen, um den Wohlstand langfristig zu sichern. Das klingt gut in den Ohren des gemeinen Bürgers: Warum sich die Versorgung armer Menschen mit wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt und fraglichem Willen zur Integration aufhalsen – und das noch in Zeiten verheerender Krisen in Südeuropa – wenn man stattdessen BIP-fördernde kluge Köpfe ins Land lassen kann?

In Wahrheit lassen sich diese beiden Gruppen nicht gegeneinander ausspielen. Ja, Deutschland muss (noch) anziehender für all jene Experten und Kreativen werden, die in Zeiten globaler und digitaler Wirtschaftsabläufe so wichtig für den nationalen Wohlstand geworden sind. Die Bundesrepublik hat hier im letzten Jahrzehnt einiges, wenn auch noch nicht genug getan, damit nicht sie nicht immer nur die üblichen Ingenieure und IT-Fachleute locken kann. Diese Maßnahmen fußen natürlich auf ökonomischer Rationalität und sind per se nichts Schlechtes.

Von ihnen unberührt bleibt aber die Frage nach der Lösung des Flüchtlingsproblems am südlichen Rand Europas, dem Mittelmeer. Es wer- >>

der Koordinierung der gemeinsamen Grenzsicherung. Damit sind die europäischen Außengrenzen zu deutschen Außengrenzen geworden und die Kontrolle der Einwanderung in die Bundesrepublik findet nicht mehr an den Alpen sondern am Mittelmeer statt. Jeder souveräner Staat muss den Zustrom von Menschen steuern können. Dies ist eine der wichtigsten Eigenschaften des modernen Staates.

Doch genau dieser Staat droht langfristig durch unkontrollierbare Masseneinwanderung aus den Angeln gehoben zu werden. Eine aktuelle Studie der Vereinten Nationen prognostiziert, wie sich die Weltbevölkerung bis ins Jahr 2100 entwickeln wird. Dabei müssten in Deutschland die Alarmlampen läuten, denn was da vorhergesagt wird, könnte sich als ka-

Als Unterzeichner der Flüchtlingskonvention hat Europa nur eine Verantwortung für seine unmittelbaren Anrainer.

tastrophal für unser Land erweisen. Europa wird 14 Prozent seiner Bevölkerung verlieren, Deutschland allein wird um ungefähr ein Drittel oder 26 Millionen Einwohner schrumpfen. Auf der anderen Seite des Mittelmeers wird sich die afrikanische Bevölkerung mehr als verdoppeln. Bei derzeitiger einer Milliarde Afrikanern wird der Kontinent am Ende des Jahrhunderts 2,4 Milliarden Einwohner zählen. Die enormen politischen und ökonomischen Probleme Afrikas sowie des Nahen und Mittleren Ostens werden auf absehbare Zeit weiterbestehen, doch die Menschen dieser Regionen werden durch Satellitenfernsehen und das Internet genau wissen, wie es auf der nördlichen Seite des Mittelmeeres aussieht. Der Sog in die weniger bevölkerten Landschaften Europas wird somit >>

den nicht weniger Schwarzafrikaner die gefährliche Überfahrt über das Mittelmeer auf völlig überfüllten Booten wagen, nur weil mehr IT-affine Inder von Bangalore nach Walldorf umsiedeln. Hier greift die nur am eigenen Interesse ausgerichtete Kosten-Nutzen-Rechnung nicht, vielmehr kommen nun humanitäre, also moralische Gesichtspunkte ins Spiel.

Von diesem Standpunkt aus ist die Politik der EU und die Haltung Deutschlands mehr als bedenklich. Nicht nur ist die italienische Insel Lampedusa mit ihren aus allen Nähten platzenden Auffanglagern für Bootsflüchtlinge ein Symbol des Scheiterns der Grenzschutzpolitik Europas an seiner Peripherie, das zuletzt durch einen mahnenden Papstbesuch ins Bewusstsein der Öffentlichkeit drang. Zwei grundsätzliche Probleme verursachen dieses Scheitern. Erstens führen die meisten Politiker auf nationaler wie EU-Ebene Debatten immer nur über die Frage, ob Europa mehr Flüchtlingen Asyl gewähren, und nicht, wie mit Flüchtlingen, die an den EU-Außengrenzen stranden, respektvoll umgegangen werden soll. Und zwar unabhängig vom Ausgang ihres Antragsverfahrens. Zweitens nehmen diese Politiker nationalstaatliche Perspektiven ein, was in Deutschland bedeutet, dass das Flüchtlingsproblem vor allem den Mittelmeeranrainern aufgehalst wird, an deren Pforte die Flüchtlinge klopfen.

Natürlich kann Europa nicht allen Flüchtlingen, die es auf legale oder illegale Weise hierher schaffen wollen, ein Bleiberecht gewähren. Nicht zuletzt der Widerstand vieler EU-Bürger gerade im Süden macht eine solche Politik unrealistisch. Gleichzeitig haben sich die meisten Mitgliedsstaaten auf die Fahnen geschrieben, politischen Flüchtlingen Schutz vor Verfolgung zu gewähren. In der Praxis sind diese von den reinen Wirtschaftsflüchtlingen, die in Europa nicht Schutz vor Unterdrückung, sondern vor Hunger suchen, aber nicht leicht zu unterscheiden, denn Hunger und Unterdrückung überlappen sich nur allzu häufig. Eine saubere Trennung der Fluchtmotive, wie derzeit Primat der deutschen Asylpolitik, wird nie auf gerechte Weise gelingen.

Ähnlich aussichtslos ist eine effektive Abschreckung der Flüchtlinge durch kompromisslosen Zwang zur Umkehr der Boote oder bewusst prekär gehaltene Lebensumstände der Flüchtlinge in den Lagern. Die >>

enorm sein. Es ist nicht übertrieben, von einer potentiellen neuen Völkerwanderung zu sprechen. Eine solche Migrationswelle dürfte bereits das alte Rom erleben – mit nachhaltigen Konsequenzen.

Der demografische Wandel in Deutschland fängt derzeit erst an zu wirken: 2012 ging der erste Jahrgang der Babyboomer in Rente, 2030 wird die gesamte Generation der Babyboomer verrentet sein, 2050 wird es – bei durchschnittlichen Rentenbezügen von knapp 20 Jahren – die Generation der Babyboomer in Deutschland nicht mehr geben. Was dann bleibt, sind leere Landschaften und kleinere Städte. In dieser Situation würde unkontrollierte Zuwanderung großen Ausmaßes eine Integration aber unmöglich machen und zu Ghettobildung und Kriminalität führen. Verstärkt würde diese Entwicklung durch den wachsenden Unmut der eingeborenen Deutschen, welche sich fremd im eigenen Land fühlen und deshalb lieber unter ihresgleichen bleiben würden. Die CIA kam deshalb schon vor Jahren zu dem Schluss, dass wirtschaftlich marode, rechtsfreie und ethnisch homogene Stadtviertel und Regionen entstehen könnten, in denen der deutsche Staat nicht mehr das Gewaltmonopol besitzt. Der Verlust einer nationalen Identität und gemeinsamer Werte bedroht die öffentliche Ordnung und kann die Grundlagen des Staates untergraben. Diese Entwicklung trifft nicht nur auf Deutschland zu, sondern auf ganz Europa. Um das Schlimmste zu vermeiden, muss sich die Zuwanderungspolitik der EU an Bedarf und Integrationsfähigkeit orientieren.

Das deutsche Grundgesetz bietet Flüchtlingen, deren Leben von Konflikten bedroht wird oder Verfolgung in ihrer Heimat ausgesetzt sind, den Schutz unserer Gesellschaft. Sobald der Grund des Asyls entfällt, werden diese Menschen in ihr Heimatland zurückgesandt. Europa sollte sich allerdings die Frage stellen, warum Flüchtlinge aus entlegenen Regionen nach Europa müssen. Europa kann nicht für alle Dissidenten Chinas, alle Frauen Afghanistans oder alle Kinder Zentralafrikas den Retter spielen. Zwischen dem Ursprungsland und Europa liegen oft mehrere Länder, in denen politische Flüchtlinge schon keine Verfolgung mehr fürchten müssten – und das illegale Übertreten von Grenzen ist laut Genfer Flüchtlingskonvention nur dann erlaubt, wenn sonst unmittelbar >>

Maßnahmen müssten wahrlich drakonisch sein, um die Problematik des Flüchtlingsstroms langfristig zu lösen, und wären deshalb mit den Rechtsnormen der EU nicht zu vereinbaren. Die Migrationsforschung spricht gerne von »Push«- und »Pull«-Faktoren der Im- und Emigration. Die Push-Faktoren zu mindern, versuchen internationale Organisationen und die Industrieländer seit Jahrzehnten, unter anderem durch Entwicklungshilfemaßnahmen, vergeblich. Damit liegen nur die Pull-Faktoren im Einflussbereich der Europäer, was einige lautstarke Politiker in den Mitgliedstaaten durch Aufrufe zur gnadenlosen Abschreckung gezielt ausnutzen.

Eine saubere Trennung der Fluchtmotive, wie derzeit Primat deutscher Asylpolitik, wird nie auf gerechte Weise gelingen.

Das Beispiel Australien zeigt aber, dass sich der Strom an Flüchtlingen, die über das Meer kommen, auf diese Weise nicht reduziert. Der australische Küstenschutz bringt die aufgehaltenen »boat people« in eigens eingerichtete Auffanglager im armen Inselstaat Nauru, wo die Flüchtlinge wenig bis gar keine Aussicht auf ein reguläres Asylverfahren in Australien haben. Trotz dieser harten und nach Ansicht australischer Rechtsexperten juristisch zweifelhaften Politik nimmt die Zahl der Bootsflüchtlinge, die sich von Indonesien aus auf den Weg zur australischen Westküste machen, jedes Jahr neue Rekordwerte an.

Das Problem auf Drittländer abzuwälzen, macht auch im Mittelmeer wenig Sinn. Diese haben sich als wenig verlässlich erwiesen; ein gutes Beispiel die Abschiebung von Migrantinnen nach Libyen, das seit zwei Jahren selbst im politischen Chaos versinkt und neue Flüchtlinge hervorbringt. Selbst in Ländern mit stabiler politischer Lage wie Marokko ist >>

Verfolgung oder Tod drohen. Als Unterzeichner der Konvention hat Europa daher nur eine Verantwortung für die unmittelbaren Anrainer. Nach dem Arabischen Frühling ist es deshalb im ureigenen Interesse Europas, dass sich nicht nur demokratische, sondern auch stabile Gemeinwesen im südlichen Mittelmeer entwickeln, um Flüchtlingsströme so gering wie möglich zu halten.

Wir werden uns an schlechte Presse von politischen Aktivisten gewöhnen müssen.

Jenseits der Frage nach der Aufnahme politisch Verfolgter findet der Großteil der illegalen Zuwanderung in Wahrheit aus wirtschaftlichen Gründen statt, und muss fraglos auch als Wirtschaftsmigration behandelt werden: Darüber entscheidet das nationale Interesse des Aufnehmerlandes – nicht der Migrant. Denn das internationale Asylrecht besagt ganz klar, dass wirtschaftliche Not keinen Anspruch auf Asyl bedeutet. Arbeitsmigration ist derzeit aber das Letzte, was Europa braucht. Bei Rekordarbeitslosenzahlen in den südlichen Ländern ist die Aufnahme von Arbeitssuchenden aus anderen Erdteilen sicherlich nicht die richtige Strategie, und ebenso nicht im Interesse Deutschlands. Die Bundesrepublik profitiert durch Exporte, wenn es Europa besser geht – und zahlt mittlerweile im Fall des wirtschaftlichen Niederganges. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist vital für unseren ökonomischen Erfolg, weshalb wir illegale Einwanderung nicht dulden können – ganz zu schweigen davon, dass sie gegen rechtsstaatliche Normen verstößt.

Um den Bevölkerungs- und Migrationsentwicklungen Herr zu werden, muss das Abschreckungspotenzial in Zukunft eher erhöht werden. Wir Europäer werden uns an schlechte Presse durch politische Aktivisten gewöhnen müssen, denn Massenmigration wird in Zukunft zum exis- >>

die Sicherheit der Abgeschobenen keineswegs gewährleistet, wie die desolaten Verhältnisse an den Grenzen zu den spanischen Enklaven zeigen. Nichteuropäische Länder sind an der Aufnahme der Flüchtlinge noch weniger als die europäischen interessiert.

Die EU muss also für eine adäquate Behandlung der Flüchtlinge in den eigenen Grenzen sorgen. Hier kommt die fehlende Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten ins Spiel. Die Mittelmeeranrainer, vor allem Spanien, Italien und Griechenland, werden von den europäischen Partnern mit ihren Problemen allein gelassen. Zwar richteten die EU und ihre Mitgliedstaaten eigens die Grenzschutzagentur Frontex ein, die zunächst mit fehlenden Ressourcen zu kämpfen hatte, nun aber nach und nach aufgerüstet wird, und die die nationalen Grenzschutzbehörden an den EU-Außenrändern vor allem beratend unterstützen soll.

In der Asylpolitik blieb aber alles beim Alten: Asylsuchende müssen in dem Mitgliedsstaat Asyl betragen, in dem Sie EU-Territorium betreten haben, im Falle der Mittelmeerflüchtlinge also in den Anrainerländern.

Dürfen die nördlichen EU-Mitglieder die Flüchtlingsproblematik im Mittelmeer gelassen ihren südlichen Nachbarn überantworten?

Die anderen Mitgliedsstaaten können sich also zurücklehnen und die Flüchtlingsproblematik im Mittelmeer gelassen den südlichen Nachbarn überantworten. Forderungen dieser nach einer solidarischen Lastenverteilung hinsichtlich der Aufnahme von Flüchtlingen lassen die nördlichen Staaten bewusst im politischen Äther verhallen.

Die EU, das haben die ausufernden Debatten um die Aufnahme weiterer Staaten in den Verbund gezeigt, definiert sich in erster Linie durch gemeinsame politische Werte, an erster Stelle die strikte Achtung der >>

tentiellen Problem für unseren Kontinent, und wir dürfen nicht den Fortbestand der demokratischen Staaten Europas aufs Spiel setzen, welche Menschenrechte, Freiheit, und Wohlstand garantieren. Die Staatsraison verlangt aber auch, dass – will man den Prognosen trauen – mittelfristig verstärkt gut ausgebildete Arbeitskräfte von Europa angezogen werden müssen. Diese findet man allerdings nicht in Booten im Mittelmeer, sondern an Top-Universitäten oder bei global agierenden Unternehmen. Für die globale Bildungselite müssen sich die Tore der Festung heute und in Zukunft öffnen – für das Wohlergehen Europas. <<<<

J. Thomas Gratowski *studiert an der Elliott School of International Affairs in Washington D.C. und arbeitet als Carlo-Schmid-Stipendiat bei der Weltbank.*

Menschenrechte. Diese implizieren eine Asyl- und Grenzschutzpolitik, die Europa nicht zu einer »Festung« verkommen lassen sollte. Natürlich können die Europäer nicht jedem an die Tür klopfenden Einlass gewähren, doch eine strikte Abschottung ist genauso wenig realistisch wie wünschenswert. Es ist höchste Zeit, dass die Flüchtlingsproblematik im Mittelmeer auf die Tagesordnung der EU-Spitzen kommt. Die Europäer dürfen die Flüchtlingsproblematik weder verdrängen noch den südlichen Anrainern aufhalsen; ganz Europa muss Verantwortung für den Umgang mit den Flüchtlingen übernehmen. Die Festung muss weg. <<<<

Gunnar Mocosch *studiert Public Policy (Master) an der Hertie School of Governance in Berlin und an der Universität Tokio.*

Quellen und Links:

[Themenseite des Deutschlandfunk vom 4. Oktober 2013](#)

[»Aktuelle Zahlen zu Asyl« des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge vom 10. September 2013](#)

[»World Population Prospects, the 2012 Revision« des United Nations Department of Economic and Social Affairs vom 17. Juni 2013](#)

[Bericht des WDR Bericht aus Brüssel über das Grenzkontrollsystem EUROSUR vom 5. Juni 2013](#)

[Studie »Illegale Migration im Mittelmeerraum« der Stiftung Wissenschaft und Politik vom April 2011](#)

[Bericht »Keep Out« des Economist von 3. Januar 2008](#)

[Diskussionspapier »Asyl- und Migrationspolitik der EU« der Stiftung Wissenschaft und Politik vom 9. Juni 2006](#)



Diese Debatte führt das Blog *REAL POLITIK – Das Forum für deutsche Außenpolitik* in Zusammenarbeit mit ADLAS.

Diskutieren Sie mit auf www.real-politik.de!

IMPRESSUM

ADLAS aktuell

ist der Infoletter des überparteilichen, akademischen **ADLAS** Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik. Er erscheint unregelmäßig als Ergänzung zum Magazin, das bundesweite, überparteiliche, akademische Journal für den Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH).

Redaktion und Layout

ADLAS – Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik
Zitate nur mit Quellenangabe

Herausgeber

Stefan Dölling; c/o Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen;
Zeppelinstraße 7A, 53177 Bonn